

Riesener Tagblatt

Bestellanschrift: Tageblatt Wien
Bürokrat Nr. 20.

Das Niesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen:
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und der
Stadt Niesn, des Finanzamts Niesn und des Rentamt Niesn.

Postfachkonto: Dresden 159
Gleisstraße 9, Büro 52.

vi 9

Donnerstag, 3. Januar 1924, abends.

22. Sohra.

Das Riesener Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflistung, für die Zeit vom 30. 12. 24 bis 4. 1. 24 je 50 Pf. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Seite (6 Säulen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Mellamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und kostbarerer Satz 50% Aufschlag. Beste Torle. Vermehrter Abdruck erlaubt, wenn der Beitrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Sitzungs- und Erfüllungsort: Riesa. Richtige Unterhaltungsbeiträge. „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstlicher irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. Für Werbung: Wilhelm Pittrich, Riesa.

Neujahrsreden.

Altem Freunde gemäß haben die Regierenden vieler Länder und die geistigen Führer der Weltöffentlichkeit in Kundgebungen, teils bei den üblichen Neujahrsempfängen, teils in der Presse ihren Hoffnungen und Wünschen für das neue Jahr Ausdruck gegeben. Man ist natürlich des guten Willens überwoll, will nichts anderes als Friede, Prot, Arbeit, Gerechtigkeit, Fortschritt, und verspricht den heissen Wählern, daß sich im neuen Jahre, wenn nicht alles, so doch vieles wenden werde und daß Schamme endlich überstanden sei. Selbst Herr Poincaré, der diesem verschloßenen Jahre den Stempel seiner erbarmungslosen Verhichtungspolitik aufgedrückt hat, erläßt an die Amerikaner, die an seiner Politik mehr als zweifelhaft geworden sind, durch ein Newyorker Blatt die frohe Botschaft, daß Frankreich nunmehr schließlich zum wirtschaftlichen Aufbau Europas durch praktische Mittel und verhältnisliche Maßnahmen beitragen werde. Wenn nur der Friedensvertrag respektiert werde, werde Frankreich allen vertraut zu Anregungen sich zuwähler sein können. Das ist unglaublich so, wie wenn ein Bucherer seinem total ausgeschundene Schuldner gegenüber wohl mitversichert, daß er der wirtschaftsgeistige und verhältnisliche Mensch der Welt sei, wenn nur der Schuldner alle laufenden und in Zukunft noch ausstehenden Wechseliaamt Zinsen und Zinseszinsen und solchen andren Gelegenhkeiten in Sorderten gutschreiblich bezahlt und er sich niemals mehr einzahlen lassen wolle, ein eigenes Haus und eigenes Vermögen zu beitragen. Solange der Friedensvertrag unverändert besteht und im Poincaré'schen Sinne auszulegen und durchgeführt wird, solange die Schuldsumme nicht festgelegt ist, und die Beleidigungsosten alle möglichen Reparationszahlungen verschlängeln, ist jeder wirtschaftliche Aufbau Mitteleuropas ein Ding der Unmöglichkeit. Herr Venesch, der tschechoslowakische Außenminister, der wie ein guter getreuer Kammerdiener über Poincarés Absichten informiert am besten unterrichtet ist, spricht daher auch in seiner Botschaft an sein Volk, in der er sich in allerlei Prophezeiungen ergibt, vorichtigsterweise nur davon, daß das Jahr 1924 vielleicht das Jahr der ersten provisorischen Lösung der Reparationsfrage sein werde. Die Anerkennung Tschetschukans, zu der sich Frankreich und England fast gleichzeitig bereit zu finden scheinen, die Arbeiteregierung in England, die Wahlkreise in Frankreich und Deutschland drängen nach Herrn Veneschs Meinung zu einer provisorischen Lösung, die für Deutschland nur eine Art Atempause nach überstandenen Quoten und für Frankreich die Vorbereitungszeit zu neuen Anschlägen auf die Einheit und die Souveränität des Reiches bedeuten würden. Daß diese Zwischenlösung, wie Herr Venesch meint, eine Rüderung der französisch-deutschen Spannung herbeiführen werde, möchten wir bestreiten, da mir ich an dem Ende der französischen Politik gegenüber dem deutschen Fliege nichts verändert würde. Wenn Herr Poincaré in seinem Artikel in der Newyorker Tribune die amerikanischen Sachverständigen sei, die an dem Sachverständigenausschusse mitzuwirken sollen, mit warmen Worten begrüßt, so traut er den Amerikanern ein farbenes Gedächtnis zu. Denn es wird auch in Amerika nicht verfehlen sein, wie gerade Herr Poincaré den amerikanischen Sachverständigen und allen amerikanischen Dissidenten bisher nicht nur mit dem größten Misstrauen, sondern auch mit unverhohelter Feindseligkeit entgegengestellt ist.

auch mit unbekannter Gegnerwahl eingegangen waren. Auch bei dem Empfang des diplomatischen Corps durch den Reichspräsidenten Oberst wurden Worte des Friedens gewechselt, Hoffnungen ausgetauscht und die wirtschaftliche und politische Verbundenheit der Völker mit treffenden Worten betont. Aber es ging bei gedämpftem Trommelfeuer; denn die trübseligen Erfahrungen der letzten Jahre und besonders die grausamen Erkenntnisse des Kuhleinbruchs ließen einen Optimismus nicht aufkommen. Mit Recht betonte der Reichspräsident, daß das Beste an dem deutschen Wiederaufbau Deutschland selbst tun müsse, und daß zur Erreichung dieses Ziels mehr denn je gerade heute der Wille des ganzen deutschen Volkes zur Zusammengehörigkeit notwendig sei. Das Wort des Reichspräsidenten deckt sich mit einer Mahnung, die der deutsch-amerikanische Publizist Wiegand zur Jahreswende an das deutsche Volk richtet. Er hält ihm vor, daß schlimmer als jeder äußere Feind des deutschen Volkes Unzufriedenheit sei. Was im vergangenen Jahre von den besten Patrioten, was insbesondere von der Deutschen Volkspartei immer wieder gepredigt und gefordert worden ist, der Wille zur Volksgemeinschaft als einzige Rettung des Volkes, wird auch von dem amerikanischen Publizisten als der einzige Ausweg aus der Not des deutschen Volkes bezeichnet. Es ist erfreulich, daß dieses Programm der Volksgemeinschaft, das solange nach deutlicher Weise wie ein Partei postulat der deutschen Volkspartei behandelt worden ist, nunmehr auch von anderen Parteien, wenigstens von ihren Führern immer dringender und breiter verlangt wird. Noch dieser Tage haben sich in München Angehörige aller Parteien zusammengeschlossen, um diese Volksgemeinschaft, die eigentlich als Nationalgemeinschaft selbstverständlich ist, in einem Aufrufe zu verlangen und dem Parteidach, dem Fraktionsdach Gedächtnis anzusagen. Freilich das Jahr 1924 ist das Jahr der Wahlen und niemals geht der Gedanke der Zusammengehörigkeit, der Schicksalsverbundenheit so lebt in die Brüste, als wenn die Parteien in den Wahlen um ihr Bestitum und ihre Macht streiten. Es wird Sache der Parteien sein, wie es jetzt schon in Thüringen geschieht, den Gedanken der Volksgemeinschaft bei den Wahlen zu vertreten und zum Siege zu führen.

Stresemann über die Zukunftsaussichten.

* Rom. Minister Stresemann gewöhnte in Lugano dem Vertreter eines römischen Blattes eine interessante Unterredung. Er sagte u. a.: „Leider das Programm des neuen englischen Kabinets wisse er nicht.“ Er erwarte die Zukunft, ohne sich Illusionen zu machen. „Jeder neue Tag verändere die Lage und krafe die Vermutungen von gestern Lügen.“ Allerdings hoffe die Reichsregierung entschieden, daß sich die Lage bessere, aber die Besserung brauche Zeit. Von den Sachverständigenkomitees erhoffte er mindestens nützliche Vorarbeit, aber keine Lösung der Reparationsfrage. Hinsichtlich der Kapitalflucht wiederholte Stresemann seine bekannte Meinung, wonach die Kapitalausluft Landesverrat gleichkomme. Von Amerika sei tatsächlich eine Grnährungsansaile in Höhe von etwa siebzig Millionen Dollars zu erwarten; doch sehe ihm Zustandekommen Frankreich zählestens Widerstand entgegen. Die Reichseinheit bezeichnetet Stresemann als unerlässlicherlich. Der Separatismus sei nur das Werk bewaffneter Banden, welche von den Feinden losgelassen und besetzt sind. Lieber man den Rheinländern freie Hand, so wäre der Separatismus in 24 Stunden erledigt; was in Sachsen und Thüringen vorgeinge, halte ich nicht gegen die Reichseinheit gerichtet. Auch in Bayern gebe es nicht einen einzigen Menschen, der vom Reich loswolle. Stresemann schloß mit Worten des Dankes für Mussolini, der zu den weniger Staatsmännern gehöre, welche die tragische Lage Europas erkennen und es für Wahnsinn halten, eine Lösung der Reparationsfrage zu erstreben, ohne daß Deutschland auch in die Lage versetzt werde, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Stimmung in Paris.

Nachdem nunmehr auch der Bericht des Generals De-
goutte vorliegt, hat man im Quai D'Orsay mit der Ab-
fassung der französischen Antwort auf die
deutsche Note vom 24. Dezember 1923 begonnen. Das
französische Dokument wird indessen Herrn von Hößl zum
vor kommenden Donnerstag überreicht werden, da Poins-
carès erst am 7. Januar aus dem Maasdepartement, wo er
seit gestern nachmittag zur Beteiligung zu den auf Sonn-
tag festgesetzten Senatswahlen steht, zurückkehren wird.
Die französische Antwort soll zudem mit dem belgischen
Antwortenprojekt verglichen werden. Über den Sinn der
französischen Antwort sind bereits verschiedene nicht sehr
optimistische Angaben in die Öffentlichkeit gedrungen.
Namentlich dürften die deutschen Anregungen auf finan-
ziellem Gebiet stark kritisiert und auch zum größten Teil
abgeworfen werden. Die französische Regierung beabsich-
tigt indessen auf alle Fälle die Türen zu weiteren
Verhandlungen offen zu halten. Es scheint über-
haupt in Paris die Auffassung zu bestehen, die Verhand-
lungen mit Deutschland durch Einbeziehung des Repar-
ationsproblems zu erweitern und gleichzeitig den Arbeit-
ten der beiden Sozialständigenausschüsse, denen man in
Paris mit allgemeiner Skepsis begegnet, durch eine direkte
deutsch-französische Verständigung vorzugehen.

Gewährleistung der Wahlfreiheit.

Der Rechtsausschuss des Reichstags hat in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1923 eine Entschließung angenommen, wonach vom Tage der Amtseröffnung der Wahlen bis zu ihrer Beendigung auch für verbotene Parteiorganisationen die Gründung von Vereinigungen ausschließlich zur Betreibung der Wahlen zulässig sei und Versammlungs- und Pressefreiheit auch für sie nur den allgemeinen strafrechtlichen und polizeilichen Beschränkungen unterliege.

Zu dieser Entschließung hat der Reichstag am 1. Februar 1924 den Antrag gemacht, dass die Regierung eine Erklärung abgibt, welche die Stellung des Reichstags zum Gesetzesentwurf über die Einführung der Wehrpflicht bestimmt.

"Das nach einer Einigungung des Staatsvertrages zum Schutze der Republik gründlich zulässige Verbot politischer Parteien hat nach Auffassung der Reichsregierung immer nur als Verbot von Vereinen oder Vereinigungen Inhalt und Bedeutung. Es unterlässt lediglich die äußere Bekämpfung des organisierten Zusammenschlusses derjenigen, die der verbotenen Partei angehören, hingegen nicht, der politischen Gesinnung durch Wahl bestimmter Bewerber für parlamentarische Körperschaften Ausdruck zu geben.

Ter Artikel 125 der Reichsverfassung gewährleiste Wahlfreiheit und Wahlaheimniß nach den näheren Bestimmungen der einzelnen Wahlordnungen. Diese Grundrechte der Reichsverfassung kann auch durch eine Wahrnehmung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht außer Kraft gesetzt werden. Aus dem Grundsatz der Wahlfreiheit ergibt sich, daß das Verbot einer Organisation nicht die Wirkung haben kann, wahlberechtigte Personen, welche die von der Organisation vertretenen politischen Anschaauungen teilen, an der Ausübung ihres Wahlrechts oder an der Vorbereitung derselben zu hindern. Personengemeinschaften, die vorübergehend zusammen treten, um im Auftrage von Wahlberechtigten Vorbereitungen für bestimmte Wahlen zu den aus Wege oder Anordnung von Behörden beruhenden öffentlichen Körpern schaffen zu treffen, werden daher vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung durch das Verbot einer politischen Partei nicht betroffen, soweit sie sich auf diese Ansäße beschränken. Entsprechendes gilt für Versammlungen der Wahlberechtigten zur Betreibung der Wahlen. Sollte es sich um zeit-

Wählerversammlungen handelt. Dabei bleibt aber die Befugnis des Inhabers der vollziehenden Gewalt unberührt, Versammlungen aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu verbieten.

Die nach der Verfassung im Falle des Ausnahmestandes zulässigen Beschränkungen der Pressefreiheit können auch in einer Genehmigungspflicht für Flugblätter bestehen. Dabei soll während der Wahlzeit die Genehmigung nur dann verlängert werden, wenn nach dem Inhalt des Flugblattes auf einen gewalttamen Umsturz der Verfassung hingewirkt wird."

Zur Einberufung des Reichstags

An der letzten Zeit ist in der Presse wiederholt die Möglichkeit erörtert worden, daß der Reichstag schon früher, als beabsichtigt war, wieder einberufen würde. Die Meldungen darüber geben vielfach von der irrtümlichen Ausschaltung aus, doch nach Artikel 24 der Reichsverfassung des Präsidenten des Reichstags diesen früher beruhen müsse, wenn mindestens ein Drittel der Reichstagsmitglieder es verlangt. Um Geschäftsordnungs-Ausdruck und im Verteilerrat des Reichstags ist ohne Widerspruch festgestellt worden, daß der Artikel 24 der Reichsverfassung, der sowohl von dem jährlichen Zusammentritt des Reichstags im November handelt, als auch die Wluhvorchrift über die Einberufung auf Antrag eines Drittels der Reichstagsmitglieder enthält, sich nur auf den Wiederauflaumtritt nach einer geschlossenen Session bezieht. Da aber gegenwärtig die Sesson im Pause und nur durch freiwilligen Beschluss des Reichstags unterbrochen worden ist, kommen die Vorschriften des Artikels 24 für den jetzt vorliegenden Fall nicht in Betracht. Der Reichstag hat in seiner letzten Sitzung seinem Präsidenten die Ermächtigung zur Wiedereinberufung erteilt, die sich bis gegen Ende Januar ausdehnt. Nur wenn durch Bekundungen im Verteilerrat sich herausstellen sollte, daß eine Mehrheit des Reichstags diese Ermächtigung abzulehnen wünscht, läme eine frühere Einberufung in Frage. Keinesfalls wäre aber etwa vor Mitte Januar damit zu rechnen; es sei denn, daß besondere außenpolitische oder sonstige Zwischenfälle eintreten. Bis jetzt liegen irgend welche Entschlüsse in dieser Frage überhaupt noch nicht vor. Vereinbarungen unter den Parteien haben überhaupt noch nicht stattfinden können, zumal die meisten Parteiführer von Berlin abwesend sind. Ebenso wie über diese Frage löslich auch noch nichts über einen Termin der Neuwahlungen, und manche Erörterungen darüber in der Presse, die schon einen Termin im März in Aussicht nehmen, sind vorskommen unbegründet.

Die Vorgänge in Thüringen und das Reichskabinett.

* Berlin. Das Reichskabinett wird zu den Ermittlungen der nach Weimar entstandenen Reichsbeauftragten eine Stellung nehmen, nachdem das thüringische Staatsministerium aus diesen Feststellungen sich geäußert hat. Die Besprechung mit den thüringischen Staatsministern wird voraussichtlich am nächsten Sonnabend in Berlin stattfinden.

Der thüringische Minister Germann verhaftet

* Weimar. Wie die "Telegraphen-Union" erfährt nahm die vor einigen Tagen nach Thüringen entstandene Kommission der Reichsregierung unter anderem auch Anlaß die Personalangelegenheiten des thüringischen Ministeriums des Innern einer Prüfung zu unterziehen. Hierbei stellte sich heraus, daß in der letzten Zeit eine große Anzahl von Beamten neu eingestellt worden ist. Die Einstellungen haben bis zum 22. November 1923 stattgefunden. Gleichzeitig ergab sich, daß in den Einstellungsbuchstunden Fällungen vorgenommen wurden, unter anderem waren Einstellungsdaten nachträglich vor datiert, um den Eindruck zu erwecken, daß die Einstellung bereits im September oder Oktober erfolgt war. Belastende Urteileblätter waren entfernt worden. Diese Personalsachen sind allein mit dem Regierungsassessoren Aunze im Ministerium des Innern mit Minister Hermann persönlich bearbeitet worden. Die Angelegenheit wurde vom Reichskommissar dem Oberstaatsanwalt in Weimar übergeben, der zunächst die Verhaftung des Assessors Aunze verfügte. Nach den ersten Verhältnissen wurden weitere strafbare Handlungen aufgedeckt. Wie wir hören, ist nun mehr auch die Entnahmen des Ministers des Innern Hermann erfolgt. Bei den Einstellungen ist es bezeichneten, daß alle in letzter Zeit neu eingestellten der sozialdemokratischen Partei angehören sollen. Es kann wohl schon bestätigt werden, daß diese Angelegenheit weitere Kreise ziehen wird.

Verkehrsschwierigkeiten auf den Straßen im Nahraum.

Die französische Zollkontrolle für den Verkehr Geisen-Werthe-Hörde findet in Aplerbeck-Süd grundsätzlich nur bei Tageslicht statt. Infolgedessen ist der Zugverkehr nur an 9 Tageslichtstunden möglich, was nicht im entferntesten zur Bewältigung des Zugverkehrs ausreicht. 12-15 Stunden täglich liegt im Aplerbeck der Verkehr brach. Auf den Verkehrsstrecken zeigen sich bereits Verkehrs Schwierigkeiten wegen der Abrollung von Fracht- und Güterzügen, namentlich der Ralizüge für die Hochöfenbetriebe des Ruhrgebietes. Die französische Eisenbahurregulation hat allerdings verhindert, auf die französische Zollkontrolle einzutreten, das diese eine Tages- und eine Nachtstafette einführt, soweit es die Notwendigkeit des Eisenbahnverkehrs verlangt. Der Verlust ist aber ergebnislos verlaufen.